

Der „Ausschuss für Schrift und Verkündigung“, dem ich angehöre, hatte auf der diesjährigen Synodaltagung den Antrag des Synodalen Propst Gorski aus Hamburg, der selbst Mitglied des Ausschusses ist, zur „**Lage im Nordirak und in Syrien**“ federführend zu beraten. Der Antragstext mit seinen friedensethischen Implikationen war seine Einzelinitiative, und es schien – wenn auch mit einzelnen Synodalen vorbesprochen – zunächst unklar, ob der Text überhaupt im Plenum behandelt werden würde, denn es standen kirchenpolitische Bedenken und Widerstände im Raum:

Würde ein solcher Antrag als Kritik am Rat und besonders an dessen Vorsitzendem verstanden werden?

Würde er eine eher kontraproduktive Debatte auslösen?

Und wie müsste der Text verändert werden, um mehrheitsfähig zu sein?

Gerade diese letzte Frage führte zu einer Ausschussdebatte mit Vorschlägen, die den Antragsteller an die Grenze des für ihn Erträglichen führten und beinahe das Scheitern des Vorhabens bedeutet hätten.

Genau diese Situation brachte in der Ausschussdiskussion den Umschwung: Ein Text, der dem sprichwörtlichen „zahnlosen Tiger“ geglichen hätte, konnte nicht zielführend sein. Der Ausschuss setzte eine kleine Arbeits- und Redaktionsgruppe ein, der ich angehören durfte. Sie nahm die Argumente aus der Ausschussdebatte mit und erarbeitete eine Vorlage, die sich der Ausschuss mit wenigen Änderungen zu Eigen machte. Sie wurde schließlich im Plenum nach einer präzisierenden Ergänzung durch Johannes Grün einstimmig verabschiedet. (Den Text finden Sie im Anhang an diesen Bericht.)

Ich berichte dies so ausführlich, weil in einem solchen Prozeß – um es möglichst sachlich zu sagen – Erfahrungen gemacht werden, die wesentlich mehr sind als synodale Arbeit, eben: geistliche Erfahrungen. -

Die Stimmung in der EKD-Synode ist nach meiner Wahrnehmung geprägt vom wachsenden synodalen Selbstverständnis, zu dem die jetzige Präses durch ihre transparente Informationspolitik und ihre klare Positionierung entscheidend beiträgt.

Die Weiterentwicklung des Verbindungsmodells lebt, bei aller Zähigkeit, vom wachsenden Vertrauen zwischen den Konfessionsgeschwistern. Eine Herausforderung, mit der sich die nächste Synode wird beschäftigen müssen, ist die Umsetzung des jetzt Erreichten in den Strukturen des Kirchenamtes.

Insgesamt hat die EKD-Synode diese unruhige Amtszeit und die zahlreichen unvorhersehbaren Veränderungen und Wechsel gut bewältigt – mit Gottvertrauen, engagiert und gelassen zugleich.

Dore Struckmeier-Schubert

Frankfurt am Main, 21. November 2014

Beschluss

der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

auf ihrer 7. Tagung

zur

Lage im Nordirak und in Syrien

Mit Entsetzen sieht die Synode der EKD auf die Gewalt und das Leid, das unzähligen Menschen im Nordwesten des Irak und in Syrien von der Terrororganisation "Islamischer Staat" ("IS") angetan wird. Christen, Jesiden und Muslime werden Opfer von Vertreibungen, Mordtaten und Hinrichtungen, die einem Völkermord gleichkommen.

1. Die Synode dankt dem Rat der EKD für seine öffentliche Stellungnahme vom September 2014. Sie schließt sich dem Aufruf des Ökumenischen Rates der Kirchen und den Worten des Rates der EKD an, die die Staatengemeinschaft unter Führung der Vereinten Nationen dazu auffordern, den Menschen im Einflussgebiet des "IS" zu Hilfe zu kommen und ihre Sicherheit an Leib und Leben zu gewährleisten.
2. Vorrangige Aufgabe angesichts des nahenden Winters ist die humanitäre Hilfe für die betroffenen Menschen und Länder. Dazu gehört die Unterstützung der Nachbarstaaten bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge ebenso wie die Aufnahme von Schutzsuchenden in Europa.
3. Als letzter Ausweg, um Menschen zu schützen, kann ein militärischer Einsatz im Sinne rechtserhaltender Gewalt legitim sein. Die Synode bekräftigt die Auffassung, dass sich Konflikte nicht alleine mit militärischen Mitteln lösen lassen. Auch der militärische Einsatz gegen den "IS" muss langfristig von einer zum Frieden führenden politischen Strategie getragen sein.
4. Deutlichster Ausdruck der Friedensbotschaft Christi ist das Eintreten für Gewaltlosigkeit. Eine Friedensethik, die sich auf das Evangelium von Jesus Christus beruft und dem Leitbild des gerechten Friedens folgt, muss konsequent den Vorrang für Gewaltfreiheit und den Einsatz für zivile Konfliktbearbeitung zur Grundlage der Politik erklären. Das schließt eine restriktive Waffenexportpolitik ein.
5. Die derzeitige Situation im Irak und in Syrien ist nicht allein die Folge des Vorgehens einer Terrororganisation, sondern insgesamt auch das Ergebnis einer verfehlten Politik. Dazu gehört auch der Export von Waffen auch aus Deutschland in nicht sichere Drittstaaten der Region sowie eine mangelnde Endverbleibskontrolle.

6. Entscheidend für eine politische Stabilisierung der Region ist es, den terroristischen Gruppen politisch und wirtschaftlich die Grundlage zu entziehen. Außerdem gilt es, schon jetzt über die aktuelle Situation hinaus zu denken und einen langfristigen Aufbau der Region zu unterstützen.
7. Der Missbrauch einer Religion durch Terroristen und verbrecherische Gewalttäter zieht alle Religionen und letztlich den Namen Gottes in den Schmutz. Die Synode ruft die Menschen aller Religionen und alle Menschen guten Willens zu Toleranz und Freiheit, zu einem vertieften Dialog und zu einem friedlichen Zusammenleben auf. Dem Frieden dienen heißt Gott die Ehre geben.
8. Die Synode bekräftigt ihr Wort von 2012: "Die reformatorischen Kirchen nehmen ihre Verantwortung für die Gestaltung dieser Welt wahr, indem sie in die Bemühungen um den Frieden in der Welt die Erkenntnis einbringen: Die Religionen bieten Potentiale zur Versöhnung und zum Frieden. Ihre Selbstreinigung vom Geist der Gewalt ist die zwingende Konsequenz aus ihrer Geschichte.

Die Synode ruft alle Christinnen und Christen zur Fürbitte für die durch den "IS" bedrohten Menschen auf. Dresden, den 12. November 2014 Die Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland Dr. Irmgard Schwaetzer